

Akademiegespräche im Landtag

**Dr. Evripidis Stylianidis**

**Tasos Telloglou**

**Innenansichten einer  
geprüften Nation –  
Politik und Gesellschaft  
in Griechenland**



**Bayerischer  
Landtag**

Akademie für  
Politische Bildung  
Tutzing



Dr. Evripidis Stylianidis (Jahrgang 1966) studierte Rechtswissenschaften an der Demokrit-Universität Thrakien und der Universität Hamburg, an der er 1995 mit einer Arbeit zum Verfassungsrecht promoviert wurde. Er arbeitete anschließend bis 2000 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am European Public Law Center in Athen und ist seit 1991 als Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Verfassungsrecht tätig. Parallel dazu engagierte sich Evripidis Stylianidis politisch in der Partei Nea Dimokratia, für die er im Jahr 2000 erstmals als Abgeordneter in das griechische Parlament einzog. Er konnte seinen Wahlkreis Rodopi seither sieben Mal verteidigen und verfehlte bei der jüngsten Abstimmung im September 2015 nur äußerst knapp den Wiedereinzug ins Parlament. Zwischen 2004 und 2013 gehörte er zudem mehreren Regierungen an, in denen er als Vize-Außen-, als Bildungs- und Religionsminister sowie als Verkehrs- und Telekommunikationsminister wirkte, bevor er 2012 das Innenressort übernahm. Danach war er Mitglied des parlamentarischen Sonderausschusses für Europäische Angelegenheiten.

Tasos Telloglou (Jahrgang 1961) ist einer der führenden investigativen Journalisten Griechenlands. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Literatur an den Universitäten in Athen und Berlin begann er 1986 seine journalistische Karriere. Zwischen 1990 und 1997 arbeitete er als Deutschland-Korrespondent der Tageszeitung Kathimerini und berichtete in gleicher Funktion von 1993 bis 2000 auch für den privaten Fernsehsender Mega Channel. Nach seiner Rückkehr nach Griechenland war er für die Nachrichtenredaktionen verschiedener Zeitungen und Fernsehkanäle tätig, bevor er 2007 die Co-Moderation des wöchentlichen Politikformats „Die neuen Dossiers“ bei Skai TV übernahm. Tasos Telloglou schreibt zudem regelmäßig für Kathimerini. 2008 wurde er für seine Recherchen zum Bestechungsskandal des Siemens-Konzerns in Griechenland mit dem angesehenen Prosopa-Preis für die beste Reportage des Jahres ausgezeichnet. Er hat vier Bücher veröffentlicht, in denen er sich unter anderem kritisch mit der Vorbereitung der Olympischen Spiele in Athen befasst.

**Akademiegespräche  
im Bayerischen Landtag**

**Dr. Eviplidis Stylianidis  
Tasos Telloglou**

**Innenansichten einer geprüften Nation –  
Politik und Gesellschaft in Griechenland**

**Veranstaltung vom 27. Oktober 2015**



<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Grußwort</b> <b>Barbara Stamm</b> <b>Präsidentin des Bayerischen Landtags</b>	<b>7</b>
<b>Einführung</b> <b>Prof. Dr. Ursula Münch</b> <b>Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing</b>	<b>9</b>
<b>Vortrag</b> <b>Dr. Evaripidis Stylianidis</b> <b>Ehemaliger griechischer Minister und Abgeordneter</b>	<b>15</b>
<b>Vortrag</b> <b>Tasos Telloglou</b> <b>Investigativer Journalist</b>	<b>23</b>
<b>Auszüge aus der Diskussion</b>	<b>29</b>
<b>Fotos der Veranstaltung</b>	<b>43</b>





## **Grußwort von Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags**

Guten Abend, meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zum 51. Akademiegespräch! Das bedeutet, wir sind gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing auf dem Weg zum 100. Jubiläum. Schön, dass Sie wieder so zahlreich gekommen sind.

Gemeinsam mit meiner Kollegin aus dem Präsidium, der Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frau Angelika Schorer, begrüße ich die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bayerischen Landtag, die heute Abend hier sind. Besonders begrüße ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Walter Taubeneder, unter anderem Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen – die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Fraktionen werden sicher noch zu uns stoßen, sobald sie aus den Ausschusssitzungen kommen.

Ein herzliches Grüß Gott gilt auch den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags.

Stellvertretend für die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen begrüße ich den Erzpriester der Griechisch-Orthodoxen Kirche in Bayern, Herrn Apostolos Malamoussis.

Besonders freue ich mich über die Anwesenheit Seiner Königlichen Hoheit, Wolfgang Prinz von Bayern.

Ich heiße willkommen unseren Hausherrn, den Vorstand der Stiftung Maximilianeum, Herrn Hanspeter Beißer.

Ein herzlicher Willkommensgruß gilt auch den Damen und Herren der Ministerien und Behörden, den Vertretern des Konsularischen Korps, der Gerichte, der Universitäten, Hochschulen und Akademien, der Verlage, der Vereine und Verbände.

Ich grüße auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Schön, dass heute Abend so viele junge Menschen hier sind: Ich begrüße Schülerinnen und Schüler der Europäischen Schule Neuperlach, die heute Abend gemeinsam mit ihrer Griechisch-Lehrerin hier sind.

Ebenso herzlich willkommen heiße ich natürlich die Direktorin der Akademie, Frau Professorin Ursula Münch. Ohne Sie, liebe Frau Professor Münch, könnte die Veranstaltung gar nicht stattfinden.

Die Gäste und das Thema unseres heutigen Abends werden Sie später vorstellen – wir haben in dieser Hinsicht ja eine bewährte Arbeitsteilung!

Ich darf schon einmal namentlich begrüßen: Herrn Dr. Stylianidis und Herrn Telloglou.

Meine Damen und Herren, bei der letzten Jubiläumsveranstaltung hatte ich bereits in Aussicht gestellt, dass diese Reihe in der bewährten Qualität weitergeführt wird. Der heutige Abend ist der beste Beweis dafür. Es geht um die Innenansichten einer geprüften Nation, um die Politik und Gesellschaft in Griechenland.

Eine angespannte Wirtschafts- und Finanzlage, hohe Arbeitslosigkeit sowie die Versorgung von Tausenden von Flüchtlingen, die auf den Inseln ankommen – das sind die drängendsten Herausforderungen, die Griechenland derzeit zu bewältigen hat. Und die jüngsten Nachrichten vom Internationalen Währungsfonds, der über einen Ausstieg aus dem dritten Hilfspaket spekuliert, sind auch nicht gerade beruhigend.

Wie empfinden die griechischen Bürgerinnen und Bürger diese Berg- und Talfahrt zwischen Hoffnung und Resignation? Welche Erwartungen haben sie an ihre eigene Regierung? Wie gehen sie mit der Flüchtlingskrise um?

Ich bin sehr gespannt auf die tieferen Einblicke unserer Gäste in ihr Heimatland und auf die anschließende Diskussion. Uns allen wünsche ich einen spannenden Abend. Sehr geehrte Frau Professor Münch, Sie haben nun das Wort.



**Einführung von Prof. Dr. Ursula Münch,  
Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

Sehr geehrte Frau Präsidentin Stamm,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Frau Generalkonsulin – in spe –,  
sehr geehrte Königliche Hoheit,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zurzeit durchleben wir eine bekannte Erfahrung besonders intensiv: In unsere Welt passen wesentlich mehr Krisen als in die Abendnachrichten. Nachdem wir seit Wochen aus guten Gründen von morgens bis abends fast nur noch über die Flüchtlingskrise und die Syrienkrise hören, sehen und lesen, haben wir anderes schon fast aus dem Auge verloren. Es ist nur vier Monate her, dass wir uns nicht über die Zahl der Menschen auf der Flucht, sondern über etwas anderes sorgten, obwohl es damals ja auch schon sehr viele Flüchtlinge gab. Damals stand bekanntlich Griechenland kurz vor dem Abschied aus dem Euro, kurz vor dem sogenannten Grexit.

Schon lange vor der damaligen Zuspitzung im Sommer 2015 hörten und lasen wir manch tiefeschürfende Analyse und viele oberflächliche Mutmaßungen über die Ursachen der griechischen Krise. Historiker und Kulturanthropologen, tatsächliche, aber auch viele vermeintliche Expertinnen und Experten erläuterten uns, dass und warum Griechenland anders sei als die anderen Staaten oder als die Staaten Mitteleuropas – dazu nur drei Stichwörter:

Stichwort 1: Fremdherrschaft. Die jahrhundertelange Fremdherrschaft, zuerst durch die Makedonen, dann durch die Römer, dann die Byzantiner und schließlich durch das Osmanische Reich, hatte zur Folge, dass die Griechen fast 2 000 Jahre lang keinen Staat eigener Wahl kannten. Aus der Ablehnung der

Fremdherrschaft, so die Analyse, sei das tiefe Misstrauen gegenüber dem Staat erwachsen, auch gegenüber dem eigenen Staat.

Stichwort 2: Klientelismus und auch Korruption. Die politische Kultur Griechenlands ist nach Einschätzung von Beobachtern durch einen umfassenden sogenannten Klientelismus geprägt. Dieser auf das Osmanische Reich zurückreichende Klientelismus mit seinen horizontalen und seinen vertikalen Vernetzungen der Gesellschaft prägt auch das griechische Parteiensystem. Ob man einer Partei verbunden war oder nicht, ob man diese Partei wählte oder nicht, hing zumindest bis in die 1990er-Jahre vor allem davon ab, ob man selbst von den Vorteilen profitierte, die eine Partei zu vergeben hatte: Geld und Posten. Das erklärt auch – so die Analyse –, warum die griechische Staatsverwaltung so viel größer dimensioniert ist als die anderer europäischer Staaten. Schließlich nutzte die Politik diese Posten, um Gefolgschaft, um Wählerschaft an sich zu binden.

Stichwort 3: Die Macht von Sonderinteressen in Griechenland. In Griechenland gibt es sehr einflussreiche Gruppen, die darauf bedacht sind, ihre eigenen Interessen und ihre einträgliche Position zu wahren. Und es gibt beileibe nicht nur die viel zitierten Großreeder, die ihre Interessen zu wahren wissen, sondern auch ganz normale Berufsgruppen: Die Beamten, die Apotheker oder auch die Müllmänner tun viel, um ihre jeweiligen Privilegien zu behalten. Vor allem setzen sie sich dafür ein, dass potenzielle Konkurrenten durch verschiedene Auflagen von den eigenen Pfründen, von den eigenen einträglichen Möglichkeiten ferngehalten werden.

Die Finanzkrise hatte zur Folge, dass die Grundlagen dieses Klientelismus finanziell austrockneten. Das hatte unangenehme Folgen vor allem für die großen griechischen Parteien. Das etablierte Parteiensystem mit seinem Wechselspiel von PASOK und Nea Dimokratia geriet daraufhin allmählich ins Wanken. Davon profitierten die bis dahin marginalen Protestparteien. Diese Prozesse und Strukturen haben viele Folgen, vor allem auch ökonomische. Die gesamtwirtschaftliche Leistung Griechenlands war und ist niedrig und der griechischen Wirtschaft gelang es nicht, aus sich heraus zu funktionieren und auch zu wachsen.

Griechenland, aber auch wir als interessierte Beobachter, stehen jetzt vor einem grundsätzlichen Problem: Die meisten Diagnosen – so ging es zumindest mir – über die Ursachen der griechischen Krise, auch die von mir genannten drei Stichwörter, lassen uns im Grunde ratlos zurück. Was folgt daraus, wenn man feststellt, dass die Beständigkeit des Klientelismus auf Erfahrungen und Prozesse von sogar Jahrhunderten zurückgeht? Müssen wir und müssen vor allem die Griechen sich dann damit abfinden, dass das bisherige Durchmogeln, Durchwursteln durch

Reformauflagen und durch Sparpakete zwar einerseits nicht mehr machbar ist, dass andererseits aber die Strukturen und Prozesse in Staat und Gesellschaft, die sogenannte politische Kultur, in einer Weise verfestigt sind, dass jede Hoffnung auf Änderung vergeblich ist? Und müssen sich die Griechen damit abfinden, dass sich als Folge der viel zu niedrigen gesamtwirtschaftlichen Leistung Griechenlands die soziale und politische Spannung in ihrem Land noch weiter verfestigt? Was folgt aus dem Umstand, den zumindest die Verheirateten ganz gut kennen, dass nichts schwieriger zu ändern ist als eingeschliffene Verhaltensmuster und Einstellungen; nicht nur solche Verhaltensmuster gegenüber dem jeweiligen Ehepartner, sondern auch gegenüber dem eigenen Staat? Was folgt daraus, wenn so etwas sich einschleift? Wo müssen die Griechen, wo muss Griechenland ansetzen, um doch Ansatzpunkte zur Überwindung der Krise zu finden? Was können die Griechinnen und Griechen allein bewältigen und wo könnte Hilfe von außen – inhaltliche Hilfe, nicht nur Finanzhilfe – dann auch wirklich sinnvoll sein?

Diese Frage stellt sich gerade auch mit Blick auf die Flüchtlingskrise. Wir alle wissen, dass eine Entlastung der Bundesrepublik – und die Präsidentin hat es gerade angesprochen, vor allem von Bayern – notwendig ist. Wir alle wissen, dass eine solche Entlastung der Bundesrepublik nur dann gegeben sein kann und nur dann funktionieren kann, wenn Griechenland darin unterstützt wird, bestehende Defizite bei der Registrierung und der Aufnahme von Zufluchtsuchenden tatsächlich zu überwinden.

Diese Frage nach dem Verhalten von Wählerschaft, die Frage, ob eingeschliffene Verhaltensmuster überwunden werden sollen und überwunden werden können, all das sind Themen unseres heutigen Akademiegesprächs im Bayerischen Landtag. Wir machen heute Abend etwas, was in den letzten Monaten und Jahren unüblich geworden ist: Wir sprechen über Griechenland, aber wir sprechen nicht über Schulden, wir sprechen nicht über Sparpakete und wir sprechen auch nicht über das Einhalten oder Nichteinhalten von Auflagen – wir sprechen über die Menschen in Griechenland, die Politik und die Gesellschaft Griechenlands. Und wir sprechen nicht über die Griechen, sondern wir wollen heute Abend vor allem mit Griechen sprechen und ihnen natürlich auch zuhören. Vor allem mit zwei Griechen, nämlich unseren beiden Vortragenden, die ich jetzt endlich auch mal angemessen begrüße: Herrn Dr. Stylianidis und Herrn Teloglou.

Insgesamt haben wir heute Abend – die Präsidentin hat es schon angesprochen – erfreulich viele Kenner Griechenlands unter uns. Ich habe schon die Andeutung gemacht: Wir haben die Generalkonsulin Griechenlands – noch in spe, aber schon fast – an Land: Frau Konstantinopoulou, herzlich willkommen!

Wir haben den Vorsitzenden der Griechischen Akademie sowie einige Mitglieder der Griechischen Akademie da, und wir haben die bereits begrüßten Lehrkräfte und Griechisch-Schülerinnen der Europäischen Schule.

Unsere beiden Referenten sind aber dennoch die Hauptpersonen. Beide kennen die griechische Politik, die griechische Gesellschaft, die griechische Rechtsordnung – beide sind Juristen – und das griechische Mediensystem. Und gemeinsam mit Herrn Dr. Stylianidis und Herrn Telloglou versuchen wir Einblicke zu gewinnen, warum manches so ist, wie es bislang war. Natürlich werden wir auch heute Abend nicht die Probleme Griechenlands und auch nicht die der Europäischen Union lösen – so naiv sind wir nicht. Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass wir alle dieses Akademiegespräch mit Erkenntnissen verlassen werden, die es uns ermöglichen, uns ein eigenes Urteil zu bilden, und darum geht es ja in diesen Veranstaltungen: nicht nur irgendwem zuhören und alles glauben zu müssen, sondern sich ein eigenes Urteil bilden zu können.

Damit Sie, die Zuhörerinnen und Zuhörer, im Verlauf des Abends auch sicher den Überblick behalten, haben wir Ihnen ausnahmsweise eine kleine Gedächtnisstütze auf den Stuhl gelegt. Und zwar eine Gedächtnisstütze über die Regierungsabfolge und die Wahlergebnisse der letzten Jahre in Griechenland. Jetzt müssen Sie aber keine Sorge haben, wir werden Sie nachher nicht abfragen, wann die erste Regierung Papandreou war und wer nach Simitis an die Regierung kam, und wir werden den Weinkonsum auch nicht danach steuern, ob Sie das jetzt beantworten können oder nicht.

Zur Vorgehensweise: Wir hören zunächst einen kurzen Vortrag unserer beiden Referenten. Anschließend führe ich ein Gespräch mit beiden Herren, das ich dann später öffnen werde für Fragen und gegebenenfalls auch für Kommentare von Ihnen aus dem Publikum. Zunächst darf ich Ihnen aber beide Referenten ganz kurz vorstellen:

Herr Dr. Evripidis Stylianidis fängt mit seinem Referat an. Diejenigen, die heute Abend schon Bayern 2 eingeschaltet hatten, vielleicht beim Heimweg von der Arbeit, und heute Abend schon radioWelt angehört haben, haben ihn dort schon gehört – da hat er nämlich heute Abend schon ein kurzes Live-Interview gegeben. Herr Dr. Stylianidis war für seine Partei, die Nea Dimokratia, von 2000 bis zum September 2015 Abgeordneter im griechischen Parlament. Er gehörte aber jenseits und über diese Abgeordnetentätigkeit hinaus mehreren griechischen Regierungen an. Er war griechischer Innenminister von 2012 bis 2014, zuvor war er Bildungs- und Religionsminister, außerdem Verkehrs- und Telekommunikationsminister.

Herr Tasos Telloglou ist einer der führenden investigativen Journalisten Griechenlands. Seine Beiträge kann man auch immer wieder in deutschen Medien nachlesen oder anhören. Außerdem ist Herr Telloglou immer wieder Interviewpartner seiner deutschen Kollegen, wenn diese nach verlässlichen Innenansichten zu Griechenland suchen. Herr Telloglou arbeitete mehrere Jahre als Deutschlandkorrespondent für die Tageszeitung Kathimerini. Für sie ist er bis heute tätig, außerdem für den griechischen Fernsehsender Skai TV.

Wie so viele Griechinnen und Griechen haben auch Herr Telloglou und Herr Dr. Stylianidis einen Teil ihrer akademischen Ausbildung in Deutschland absolviert. Details dazu können Sie unserem Einladungsblatt entnehmen. Ich freue mich sehr, dass wir für unser Akademiegespräch heute Abend zwei Experten wie Sie beide gewinnen konnten. Sie beide kennen die griechische Politik und die griechische Gesellschaft, und natürlich sind die beiden keine neutralen Beobachter, sondern immer auch Handelnde, sei es in und durch die Politik, sei es in und durch den Journalismus. Aber beide werfen auch immer wieder einen kritischen Blick von außen auf das eigene Land.

Unsere Referenten – das werden Sie gleich hören – sprechen beide sehr gut Deutsch, aber – man soll ja immer gewisse Möglichkeiten einplanen – für alle Fälle haben wir uns noch einen Beistand geholt, und zwar Herrn Rechtsanwalt Christos Perperidis. Er ist so freundlich und unterstützt uns nicht in juristischen Belangen, sondern bei etwaigen Verständigungsproblemen. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, und wenn Sie also nachher mehrere Herren neben mir da oben sehen, dann liegt es nicht daran, dass Sie irgendwas verschlafen haben, sondern dann ist Herr Perperidis so freundlich und unterstützt uns bei der Verständigung.

Jetzt bin ich schon beim Bedanken und führe das noch fort mit dem Bedanken, bevor es richtig losgeht. Noch zwei weitere Danksagungen: Zunächst bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Landtags für die Unterstützung bei der Vorbereitung und der Durchführung dieses Akademiegesprächs, für die Gastfreundschaft des Bayerischen Landtags, und diesen Dank richte ich natürlich ganz besonders an Sie, Frau Präsidentin: Ganz herzlichen Dank, Frau Stamm, dass wir wieder hier sein dürfen.

Ein Dank geht auch noch an den Vorsitzenden der Europa-Union und den Vorsitzenden der Griechischen Akademie, Herrn Rechtsanwalt Stavros Kostantinidis. Er hat uns nämlich bei der Vorbereitung der Veranstaltung, auch der Kontaktaufnahme zu unseren beiden Referenten, unterstützt, und ich bedanke mich ganz herzlich bei Dir, Stavros. Ich finde, der Bayerische Verdienstorden ist verdient.

Jetzt höre ich auf und Herr Stylianidis fängt an, danach geht es dann gleich weiter mit Herrn Telloglou. Ich wünsche Ihnen einen aufschlussreichen, einen vielleicht auch vergnüglichen Abend, aber auf jeden Fall einen interessanten. – Vielen Dank.



**Vortrag von Dr. Evripidis Stylianidis,  
ehemaliger griechischer Minister und Abgeordneter**

Kalispéra, Grüß Gott, sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Landtagsmitglieder,  
meine Damen und Herren!

Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Barbara Stamm, sowie der Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Frau Ursula Münch, für die ehrenvolle Einladung. Sie bieten mir heute die Möglichkeit, meine Gedanken über die Auswirkungen der Krise auf Griechenland mit Ihnen zu teilen.

Griechenland wurde in den letzten Jahren auf internationaler Ebene heftig verleumdet. So verliert es einen wichtigen Teil seiner Glaubwürdigkeit, zum Teil zu Recht aufgrund der Fehler, welche die griechischen Regierungen begangen haben, zum Teil aber zu Unrecht – aus Gründen, die ich kurz im Laufe dieser Präsentation erklären werde. Es gibt sechs Fragen zu beantworten:

Erste Frage: Die Schwäche der Europäischen Union. Meine Damen und Herren, als die Ratifizierung der Europäischen Verfassung im Jahre 2001 scheiterte, ließ Europa eine wichtige Chance verloren gehen: die Rolle, eine globale weiche Wachstumsmacht zu spielen. Der schmerzhaft Kompromiss zwischen den Europa-Befürwortern und den Euro-Skeptikern führte zur Entstehung der Währungsunion, ohne die Einführung allerdings seiner entsprechenden fiskalischen, wirtschaftlichen und freilich politischen Union. Wir haben die Europäische Union als ein Schiff für ruhige Reisen gebaut, ohne es auch für die noch kommenden Stürme angemessen aufzutanken. Jetzt müssen wir inmitten der globalen Wirtschaftskrise die erforderlichen Veränderungen schnell herbeiführen, um mehr Europa zu erzielen. Dieses ist leider schwieriger als in der Vergangen-

heit. Erstens, weil der Euroskeptizismus wegen der Krise erheblich angestiegen ist und zur Entstehung nationalistischer und faschistischer Bewegungen geführt hat, welche die Isolierung der verschiedenen Nationalstaaten befürworten. Zweitens, weil das Vertrauen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten erschüttert ist und somit eine Kluft zwischen Nord und Süd erzeugt wurde. Drittens, weil der soziale Zusammenhalt gestört, die Idee der europäischen Solidarität hinterfragt und das Fundament des europäischen Konsenses, nämlich die soziale Marktwirtschaft, erschüttert wurde. Die Bürger, vor allem im Süden Europas, bemerken, dass zur gleichen Zeit die Armen ärmer und die Reichen reicher werden, während die Mittelschicht unter der Höhe der Steuern leidet. Dieses Bild zerstört den Glauben des Bürgers an ein Europa und zieht ihn zum Extremismus – mit dramatischen Folgen. Daraus ist das folgende Fazit zu ziehen. Das Problem Europas und damit natürlich auch Griechenlands ist primär politisch und sekundär wirtschaftlich.

Zweite Frage: Welche Fehler der griechischen Regierungen haben Griechenland vom schwächeren Glied des europäischen Systems zur Achillesferse gemacht? Die Krise, meine Damen und Herren, wurde nicht in Griechenland geboren, sondern durch Griechenland in die Eurozone exportiert. Die Insolvenz von Lehman Brothers brachte den Zusammenbruch von europäischen Banken hervor und führte zur Internationalisierung des Problems des Bankensystems. Das Drucken von über vier Billionen inflationärer Dollars durch die Obama-Administration und das Streben Chinas, in einem erheblichen Teil seiner internationalen Transaktionen auch den Euro zu benutzen, brachten die USA dazu, das Problem zu exportieren und den Euro-Dollar-Wechselkurs neu zu bestimmen. So wurde Griechenland, welches ein kommunizierendes Gefäß zwischen dem amerikanischen Markt und der Eurozone war, zur Achillesferse gemacht. Das ist primär auf Fehler oder Versäumnisse aller griechischen Regierungsparteien zurückzuführen, aber auch Oppositionskräfte von damals, die nun in der Regierung sind, so wie Syriza, sind verantwortlich, weil sie durch ihren sozialen Einfluss die rechtzeitige Anwendung von Reformen und Neuerungen verhindert haben. Die Grundfehler, die die Verzerrungen in der griechischen Wirtschaft hervorgebracht haben, sind folgende: Erstens die Erzeugung eines riesigen und verschwenderischen öffentlichen Sektors. Zweitens die Umstellung von einer realen auf eine virtuelle Wirtschaft durch das Spekulieren an der Börse, die Überverschuldung und das überflüssige Subventionieren. Drittens das Fehlen einer wesentlichen Vorbereitung für unseren Eurobeitritt. Als Bundeskanzlerin Merkel Herrn Steinbrück in ihrem Wahlkampfduell kritisierte, übte sie gleichzeitig Kritik an den griechischen Sozialisten vor der Amtszeit von 2004. Viertens die Internationalisierung des griechischen Problems durch die Unterzeichnung des Memorandums und die Einmischung des IWF in die inneren Angelegenheiten Europas. Die Unterscheidung Griechenlands und

der übrigen Südländer, die Ablehnung des Entschuldungsplans sowie das Fehlen einer Reformtätigkeit haben uns vom schwächeren Glied im europäischen System zur Achillesferse gemacht und dadurch unsere internationale Isolierung herbeigeführt. Außer unserer Kritik gegen die Politiker müssen wir jedoch ehrlich über die Verantwortung der Wirtschaftsaristokratie sprechen. Erlauben Sie mir, hier mit Herrn Schäuble absolut einig zu sein: als er in der Vergangenheit gesagt hat, dass eine ökonomische Elite, die durch den griechischen Staat und die politische Korruption in Griechenland allmächtig wurde, im Moment der Krise den Griechen den Rücken kehrte. Sie zogen Dutzende Milliarden Euro vom Bankensystem ab und steckten sie in den Safe oder lagerten sie in ausländischen Banken ein. In der Regel zahlten sie ihre Steuern nicht und ließen die gleichen gewissenhaften Leute der mittleren und unteren Schichten nach wie vor die Last tragen, ohne der von der Krise betroffenen Realwirtschaft die geringste Unterstützung zu leisten. Das Einzige, was diese Elite machte und immer noch macht, ist ihre Führungsstellung im internen Markt gewissenlos zu verteidigen und die Verelendung und Demütigung eines verletzten, aber trotzdem stolzen Volkes in Kauf zu nehmen.

Dritte Frage: Welche Misserfolge und Zeitverzögerung der angewandten Politik haben Deutschland im Bewusstsein der südeuropäischen Völker bloßgestellt? Deutschland hat von Anfang an die Führungsrolle, welche ihm für das ganze Europa zugekommen ist, nicht erkannt. Erstens: Es öffnete die Eurozone leichtfertig dem IWF mit dem Ziel, die Existenz eines Rettungsmechanismus zu verdecken, unabhängig davon, was das bedeutet – obwohl es die Möglichkeit hatte, die griechische Krise anders zu bewältigen. Zweitens aktivierte das Prinzip der europäischen Solidarität die Angst vor den internen politischen Kosten angesichts der Landtagswahlen. Drittens nahm man den Unterschied zwischen Norden und Süden Europas, was Mentalität und Denkweise angeht, in Kauf, und viertens zweifelte man daran, die Kluft zwischen dem nordeuropäischen Nationalismus und der südeuropäischen Sentimentalität von Anfang an effektiv überbrücken zu können. Dies machte den Eindruck, dass das Land sich von der allgemein akzeptierten Philosophie Helmut Kohls distanziert, laut der nur ein starkes Europa ein entsprechend starkes Deutschland garantiert, und sich der Anachronismus einer bedrohlichen Stellung eines deutschen Europa annähert. Diese Verzögerung bot den Euroskeptikern und den Antieuropäern Anreiz und Argumente an, um Deutschland nach wie vor zu verleumden. Der Antiamerikanismus, der in Griechenland wegen der Militärdiktatur und der Besatzung durch die Türkei lange herrschte, wird jetzt wegen der wirtschaftlichen Veränderung durch eine Feindseligkeit gegen Deutschland ersetzt – ungeachtet dessen, dass in der Tat bei unserem Versuch, unsere Wirtschaft zu sanieren und in Schwung zu bringen, die Merkel-Regierung unser wichtigster Partner und Freund ist.

Vierte Frage: Was sind tatsächlich die Folgen der Krise auf die Realwirtschaft Griechenlands? Von 2012 bis zu den Europawahlen 2014 hat die Samaras-Venizelos-Koalitionsregierung wichtige Schritte in Richtung vor allem einer fiskalischen Disziplin gemacht. Zum Beispiel wurden die Staatsausgaben dramatisch beschränkt, ein Primärüberschuss ist gelungen, die Rezession wurde verlangsamt und so weiter. Das heißt, die damalige Regierung hat die erstrebten Zwischenergebnisse geschafft, nämlich erstens die Vermeidung eines unkontrollierten Staatsbankrotts und zweitens die Sicherung der Position Griechenlands im harten Kern der Europäischen Union.

Der größte Protagonist dieses nationalen Projekts ist das griechische Volk. Die Griechen haben unglaubliche Reife, Geduld und Glauben an den Erfolg ihres Versuchs gezeigt, obwohl ihre Einkünfte um 40 Prozent verringert wurden, ihr Lebensstandard erschüttert wurde und ihr Leben insgesamt geändert wird. Die beispiellose Finanzkrise rechtfertigt im Prinzip außerordentliche politische Maßnahmen von kurzer Dauer, die sich von den üblichen differenzieren und kurzfristig folgende Ergebnisse erzielen: die Wiederherstellung der Fiskaldisziplin, die Beschränkung der Staatsausgaben, den Bilanzausgleich und schließlich die Erleichterung der Erreichung eines Primärüberschusses.

Im Fall Griechenlands aber hatte die sechsjährige Dauer dieser strengen Politik auch ernste Folgen, wie zum Beispiel die Liquiditätsdefizite im Markt und der Geduldsverlust der Bürger: Beides führte langsam zu einer humanitären Krise. Besonders deutlich sind die Übertreibungen und Misserfolge im Bereich der implementierten Steuerpolitik. Ich erwähne dazu ganz deutlich, dass in den letzten Jahren die Besteuerung der Gehaltsempfänger sieben Mal gestiegen ist. Neunmal mehr Steuern zahlten die Freiberufler, die Immobilien wurden um 800 Prozent mehr besteuert. All dies wurde durchgesetzt, obwohl die Gehälter um 40 Prozent gesunken sind. Statt die Schwächen des griechischen Systems zu heilen, waren die Ergebnisse der angewandten Politik aufgrund der Übertreibung der Technokraten eine Erschütterung der Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und der Absturz der Realwirtschaft – eine Bestätigung des Prinzips „Steuern bringen uns um“. Trotz der Schwierigkeiten hatte die Situation Ende 2014 angefangen, sich zu stabilisieren, und auf dem Markt begann Optimismus zu herrschen. Die politische Instabilität, welche durch die vorzeitigen Wahlen vom Januar 2015, die Reformuntätigkeit der Syriza-Regierung im ersten Semester von 2015, durch das gegenstandslose Referendum und die zweite Wahl vom September 2015 hervorgerufen wurde, hat zwar in politischer Hinsicht Syriza auf europa- und reformfreundliche Positionen verlagert, hatte aber auf die Wirtschaft und Marktstabilität dramatische Auswirkungen. Die Haushaltsvorhersagen lassen sich durch den IWF-Be-

richt alle sechs Monate über die Weltwirtschaftsperspektiven bestätigen, wonach Griechenland die letzten drei Monate von 2015 mit einer Rezession in Höhe von 5,4 Prozent rechnen solle, wobei nach dem optimistischen Szenario eine Rezessions Einschränkung erst für die letzten drei Monate von 2016 zu erwarten sei.

Fünfte Frage: Welche Folgen hat die Krise auf die griechische Gesellschaft? Zunächst Arbeitslosigkeit: 27 Prozent – Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent. 2,5 Millionen Griechen leben gemäß dem mittleren Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze. Wir gehören zu den europäischen Ländern mit der größten Armutsrate: 23,1 Prozent; zusammen mit Spanien, Bulgarien und Rumänien. Es ist sicher, dass die Fehler, Populismus und die Reformuntätigkeit der Syriza-Regierung die Situation verschlechtert haben.

Sechste Frage: Wie beeinflusst diese Situation die politischen Entwicklungen und welches Risiko oder welche Chancen bringen sie für unsere gemeinsame Zukunft? Fünf erhebliche Ereignisse haben kürzlich die politische Landkarte Griechenlands neu geprägt. Sie haben den Erholungsversuch der Macht, der 2012 begonnen hat, gebremst, für politische Instabilität gesorgt und die Ausrichtung gewisser politischer Kräfte neu bestimmt. Diese Ereignisse sind erstens die Ermüdung und die fehlende Reformtätigkeit der Samaras-Venizelos-Regierung nach der Niederlage in den Europawahlen und der Kabinettsumbildung im Juli 2014. Zweitens die Nichtausübung einer Reformtätigkeit durch die Syriza-Regierung nach dem Wahlsieg im Januar. Drittens das Referendum, welches zum Ergebnis des dritten Memorandums führte, das Tsipras' Regierung unterschrieben hat. Viertens der Wahlsieg von Syriza und die erneute Regierungsbildung durch Syriza und ANEL [die rechtspopulistische Partei Unabhängige Griechen; Anm. d. Red.], welche eine mittellinke Agenda akzeptierte und damit das Umsetzungsbedürfnis des mit der Troika Vereinbarten adoptierte. Fünftens der kürzlich aufgekommene „Einwanderungs-Tsunami“, welcher ungebremst auf Griechenland als erstes EU-Einwanderungsland trifft. Dieses Ereignis hat unmittelbar negativen Einfluss sowohl auf die Wirtschaft wie auch auf die Sicherheit des Landes.

Die neue politische Situation kommt der Förderung von Reformen insofern zugute, als die Linken, die sich dagegen aussprachen, nun als Regierung das neue Memorandum umsetzen mussten. Dazu trägt ebenfalls die Weichenstellung der Oppositionsführung der Nea Dimokratia bei, welche die Reformen und Privatisierungen zwar stützt, aber gegen jede Steuerbelastungspolitik ist, die die Illiquidität des Marktes verschärfen und die Unternehmenstätigkeit verhindern würde. Der Parlamenteintritt vieler kleiner Parteien bietet der Syriza-Regierungspartei zwar die sogenannte Koalitionsreserven an, stärkt aber zum anderen die extre-

men politischen Kräfte, trägt zur Aufspaltung des politischen Spektrums bei und schwächt parlamentarisch die Regierung, die auf einer kleinen Mehrheit von 145 Sitzen von insgesamt 300 basiert. Von entscheidender Bedeutung für die politische Stabilität und den Versuch einer Reform des Landes ist, dass die Oppositionsführungspartei, die Nea Dimokratia, innerhalb derer der Nachfolgeprozess begonnen hat, stark und einig bleibt. Eine einheitsorientierte, erfahrene und wiederbelebte Parteiführung hätte die Zeit und die Möglichkeit, eine überzeugende Alternative für das neue Produktionsmodell Griechenlands vorzubereiten. Die Oppositionsführungspartei ist imstande, die schwierigen Reformen je nachdem zu stützen, den neuen Plan vorzubereiten, aber auch in einem kritischen Moment zum starken Partner einer Großen Koalition zu werden, was meiner Auffassung nach bereits seit 2010 hätte der Fall sein sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Griechen sind keine Bettler. Sie sind ein stolzes Volk, das natürlich wie andere Völker Fehler gemacht hat und dann ganz teuer für diese bezahlt hat. Das griechische Volk hat bemerkenswerte Vorzüge: Wenn die Griechen ein Ziel haben und wirklich daran glauben, dann erreichen sie es auch schnell. Die Griechen glauben stark an ihr europäisches Schicksal. Der griechische Markt sieht Deutschland nicht nur als seine Verleiher, sondern glaubt, dass das Prinzip der Komplementarität unsere bilaterale Beziehung steuern soll. Deutschland produziert, Griechenland vertreibt und transportiert. Deutschland verfügt über ein Netzwerk von Konsumgütern und Lebensmitteln, Griechenland verfügt über einen dynamischen Primärsektor. Deutschland exportiert Tourismus, Griechenland stellt ein einzigartiges Reiseziel dar. Deutschland verfügt über hohes Know-how im Bereich von erneuerbarer Energie, Griechenland bietet ideale klimatische und geologische Bedingungen an. Deutschland hat moderne, organisierte Ausbildungsmodelle, Griechenland verfügt über sehr gut ausgebildete Wissenschaftler, welche das Land zum internationalen Studienzentrum verwandeln könnten. Deutschland verfügt über billiges Geld, Griechenland verfügt über hervorragende Produktionsanlagen, die jedoch aus Liquiditätsmangel unproduktiv bleiben.

Damit die obigen Ziele erreicht werden, müssen ganz bestimmte Entscheidungen auf allen Ebenen getroffen werden: Auf europäischer Ebene bedarf es endgültiger und klarer Entscheidungen zur Bewältigung des Schuldenproblems Griechenlands. Auf Regierungsebene bedarf es der Erleichterung weiterer institutioneller und operativ gezielter Partnerschaften im Bereich von Know-how, wie zum Beispiel die Task-Force. Auf Gesellschafts- und Marktebene müssen solche Partnerschaften gefördert werden, welche dem Prinzip der Komplementarität praktisch und nicht nur verbal dienen, wie zum Beispiel der im Rahmen der Deutsch-Grie-

chischen Versammlung versuchten Partnerschaften. Nur so kann die europäische Solidarität Wirklichkeit werden.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir an die Europäische Union glauben, schneller mehr Ziele erreichen können, solange wir einander respektieren und verstehen und Europa als das gemeinsame Zuhause empfinden. Vielen Dank.





**Vortrag von Tasos Telloglou,  
investigativer Journalist**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Frau Präsidentin,  
Frau Professor Münch!

Ich wollte eigentlich ein bisschen mehr auf die Mikroklimax des griechischen Problems eingehen und ein bisschen chronologisch schauen, wie diese Probleme ausschauten und was von diesen Problemen nach der Erfüllung der zwei Memoranda und der Unterschrift des dritten passiert ist.

Was sind die alten Probleme des Landes? – Ein nicht funktionierender Staat, ein nicht funktionaler Staat, verstaatlichte Parteien und auf Parteibuch gestützte Verwaltung, sonst schwache Institutionen. Eine Wirtschaft, geprägt von Selbstständigen mit vielen kleinen Unternehmen – winzigen, würde man für deutsche Bedingungen sagen, von einem bis fünf Beschäftigte –, widersprüchliche Gesetzgebung, die dem Beamtenapparat die Möglichkeit gibt, diese Gesetzgebung zu interpretieren – mit allem, was dazugehört. Und auf der anderen Seite – es gibt auch die positive Seite: ein extrem wettbewerbsfähiger, früh globalisierter Sektor, der allerdings ganz *off-shore* arbeitet: die Reeder.

So hat uns das Jahr 2010 erwischt, wie vorher Herr Stylianidis geschildert hat, und auf diese Herausforderungen mussten wir schnell eine Antwort finden – nicht nur wir, sondern auch unsere Kreditgeber. Das erste Memorandum wurde, nachdem Deutschland auf die Einladung des IWF beharrte, in einer Woche zusammengeschustert. Es war zu 80 Prozent eine Kopie des rumänischen Memorandums, das für ein Land, das ganze andere Traditionen hatte, entworfen wurde. Beamte und Rentner wurden geschont, auf Bitte der damaligen grie-

chischen Regierung. Dieses Memorandum, ich hab es gestern Abend noch mal gelesen, beinhaltete falsche Prognosen. Die Fehlprognosen führten dazu, dass die Arbeitslosigkeit, die heute bei 27 Prozent liegt, damals auf die 18-Prozent-Marke projiziert wurde. Das zweite Memorandum hat mit dem ersten Schuldenschnitt zu tun. Statt die Zahl der Beamten stark zu reduzieren, tolerierten Regierungen und Troika die Flucht von Beamten in die Rente. Zeitgleich sanken die Renten um 11 Prozent durchschnittlich, während jedes sonstige Einkommen im Land mindestens um 25 Prozent sank. Keine neuen Institutionen wurden gebaut und die alten wurden eher geschwächt – man kann ohne Geld schwer Institutionen aufbauen.

Was waren die neuen Institutionen? Das Generalsekretariat für Einnahmen, ein Fonds für die Finanz- und Geldstabilität, ein Fonds für die Privatisierungen. Bei allen diesen Körperschaften mussten die Vorgesetzten vor Fristablauf ihres Vertrages gehen, weil sie anderer Meinung waren als die Regierungen. Die Zahl der Selbstständigen begrenzte sich kaum.

Am Anfang der Krise hatten wir 1,8 Millionen Selbstständige im Land. Wir waren das einzige OECD-Land, wo es 600 000 mehr Selbstständige gab als Arbeitnehmer. Die Kluft zwischen Selbstständigen und Arbeitnehmern wuchs im Laufe dieser Jahre und die Troika beabsichtigte eine Halbierung der Selbstständigen auf 900 000 bei der Verhandlung des ersten Memorandums. Aber viele Arbeitslose haben sich anders entschieden. Das kennt man schon in Deutschland von strukturschwachen Regionen wie Berlin, wo die Leute sehr oft in der Not die Selbstständigkeit wählen, statt zum Arbeitsamt zu gehen, und das ist auch gesund, finde ich. In dieser Zeit begrenzte sich die Zahl der Arbeitnehmer auf 900 000, das heißt, heute haben wir immer noch mehr Selbstständige in diesem Land als Arbeitnehmer.

Was aber die griechische Regierung – und dazu zähle ich auch die reformfreudigste aller dieser griechischen Regierungen, die Samaras-Venizelos-Regierung – völlig falsch einschätzte, war die Schwierigkeit, eine Firma dem Bankrott zuzuführen. Das mag hier ein kleines Problem sein, die Insolvenz, aber in Griechenland ist es ein großes Problem. Es ist schwieriger, eine Firma zu liquidieren, als eine Firma zu gründen. Viel schwieriger. Das führte zu dem Zustand der sogenannten „unbegrabenen Toten“, also Firmen, die nicht mehr funktionieren können, sie können ihre Arbeitnehmer oder Lieferanten nicht bezahlen, aber dürfen auch nicht pleitegehen, weil sie immense Schulden gegenüber dem Staat haben, obwohl sie die Banken nicht weiterbezahlen. Erst spät im Jahr 2012 kamen die griechische Regierung und die Troika auf die Idee, ein neues Insolvenzverfahren zu schaffen. Aber die Reform wurde erst mit Syriza reglementiert. Die Banken kommen jetzt zuerst an ihr Geld heran, der Staat muss warten.

Da stellte sich das nächste Dilemma. Die Banken müssen große, überschuldete Firmen in der Hotelbranche, bei den Medien, den Schiffern, der Fischzuchtindustrie entweder fallen lassen und das Geld auf andere exportorientierte Unternehmen lenken oder aber neue Investoren mit massiven Abschreibungen locken. Wie macht man das in einem Land, das vom Klientelismus geprägt ist? Wie macht man das sauber, damit es auch akzeptiert wird? – Darüber sollten wir vielleicht nachher reden.

Es gab auch einige größere Unternehmen, wir haben vielleicht zehn multinationale Firmen in Griechenland, die einen sehr schlechten Spread an den Zinsen ihrer Kredite bekamen und immer höhere Steuern zahlen mussten, deswegen verlagerten sie ihren Sitz in die Schweiz, nach Zug, oder nach Luxemburg; ich nenne zum Beispiel Coca-Cola Hellas, die zweitwichtigste Coca-Cola der Welt, und die Stasinopoulos-Gruppe, den größten griechischen Eisen- und Aluminiumhersteller. Zeitgleich zogen sich alle – mit einer Ausnahme, Beiersdorf glaube ich – großen ausländischen Pharmaunternehmen aus Griechenland zurück, da die Ausgaben für die Medikamente 4 Milliarden Euro begrenzt wurden.

Dann kam während der Implementierung des Programms ein weiteres Problem: die starke Deregulierung des IWF – ich bin ein Unterstützer der Politik der Deregulierung vom IWF –, aber man soll nicht als Maßstab einer europäischen Deregulierung zum Beispiel ein Musterbeispiel aus Ghana machen. Also, diese starke Deregulierung führte zu neuen Quellen und neuen Facetten der Steuerhinterziehung, die grenzübergreifend sind. Man kann jetzt viel einfacher seine Hausrente in Zürich und die Jachtmiete in Monaco kassieren und das Finanzamt muss mit viel, viel mehr Selbstständigen und Kleinunternehmern fertig werden, die Einnahmen über diese Wege kassieren.

Die Gretchenfrage natürlich – die politische Gretchenfrage – bleibt: Wer besitzt das Programm? Bis jetzt hat keine griechische Regierung die Verantwortung übernommen, klar dem Volk zu sagen, das ist unser Programm, mit der Ausnahme der ersten 18 Monate der Regierung Samaras-Venizelos. Und ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, warum keine griechische Regierung das gemacht hat: Weil es nicht ihr Programm war. Das waren keine Programme der griechischen Regierung, das konnten auch keine Programme sein. Damit man ein eigenes Programm auf die Beine stellen kann, braucht man einen effektiven Verwaltungsapparat. Es gibt von Professor Featherstone eine Studie über den Administrationsmechanismus sämtlicher griechischer Ministerpräsidenten seit 1974. Das griechische Ministerpräsidentenamt hat 140 Beamte – aber keiner ist Beamter. Sie kommen mit den

Ministerpräsidenten und gehen mit den Ministerpräsidenten weg. Das heißt, es bleibt als institutionelles Gedächtnis nichts zurück. Die Antwort ist ein ganz klares Nein auf die Frage, ob die griechischen Regierungen ein solches Programm selbst erstellen könnten. Auch in Deutschland ist die Agenda 2010 – ich habe neulich die Biografie von Kanzler Schröder von Schöllgen gelesen – nicht im Voraus konzipiert worden, aber von Schröder im schnellen Hauruckverfahren verabschiedet. Nur er hat es gemacht, auch auf die Gefahr hin, dass er die Macht verliert.

Ich gehöre zu denen, die gemeint haben, schon im Jahr 2011 eine Regierung des nationalen Notstandes aus Technikern wie Monti könnte in einem Hauruckverfahren das Nötige implementieren. Nur die Parteien, die damalige Parteienlandschaft, und da schließe ich keinen aus, hatten im Jahr 2012 den Weg für diese Option verbaut. Die Papademos-Regierung war keine Technikerregierung, sie war eine Karikatur einer Technikerregierung.

Das Problem ist nicht einfach: Griechische Politiker müssten eigentlich ihrer Klientel den Tod versprechen und auch alles tun, damit er auch erfolgt. Dieses griechische Paradoxon – „Das ist nicht unser Programm, aber wir können auch keins erstellen“ – führte auch zum Syriza-Sieg, der einfach die Rückkehr ins Jahr 2009 versprach. Wie Jean-Claude Juncker sagt, ist Syriza keine Partei, aber eine Dachorganisation von mehreren Splittergruppen, die vereint sind. Es ist viel verlangt zu glauben, dass diese Partei regieren kann. Ihre DNA ist vom Reagieren geprägt, nicht vom Regieren.

Und was passiert jetzt? – Europäer und Deutsche hatten die Lage nach Mitte des Jahres 2014 falsch eingeschätzt, indem sie an eine fast reibungslose Ersetzung der ND-Venizelos-Regierung durch Tsipras geglaubt haben, indem sie auf eine rasche Umkehr der Syriza von ihren radikal linken und euroskeptischen Positionen gehofft haben. Das war nicht der Fall. Syriza ist eine politische Formation, die mindestens Zweifel an der marktwirtschaftlichen Ordnung hat, um es milde auszudrücken. Das haben die sechs Monate der sogenannten Verhandlungen bewiesen, die die Rechnung sowohl für den deutschen als auch für den griechischen Steuerzahler noch teurer gemacht haben. Die Spaltung von Syriza mit dem Auszug des linken Flügels half Tsipras in seiner Wende nach dem Referendum, aber das sagt nichts über den Willen von Syriza, die Verpflichtungen des dritten Memorandums mit Leben zu erfüllen. Das zeigen schon die Schwierigkeiten bei der ersten Inspektion, von denen die Süddeutsche Zeitung in ihrem Aufmacher heute berichtet.

Die Syriza spürt jetzt das, was alle anderen Regierungen vor Syriza gespürt haben, dass die Implementierung solcher Anpassungsprogramme zu sehr harten Auseinandersetzungen mit vielen Interessengruppen, auch der eigenen Klientel, führen muss: Bauern, Apotheker, Rentner, sogar befreundete Unternehmer, die sie mit Geld und anderem unterstützt haben, wenden sich jetzt öffentlich gegen die Regierung, weil natürlich Interessen auf dem Spiel stehen. Das wird noch zunehmen.

Ich weiß nicht, ob diese Regierung in der heutigen Form die zweite Inspektion des jetzigen Programms überlebt. Unter diesen Umständen wäre eine Umgestaltung der Regierung nur eine Frage der Zeit. Es läuft auf ein Mitte-Links-Bündnis hinaus, was von der französischen Regierung, die ihre schützende Hand über Tsipras hält, unterstützt wird. Das wird aber wenig an der Tatsache ändern, dass das griechische Programm sehr schwer zu realisieren ist. Das hat mit der Müdigkeit zu tun, von der Herr Stylianidis vorher gesprochen hat. Und es hat auch mit der Überbesteuerung einer fast lahmegelegten Wirtschaft zu tun, besonders nach der Einführung der Kapitalverkehrskontrollen.

Dazu kommt noch die Frage der Flüchtlinge. Ich habe es nicht geplant, aber ich will darüber reden, weil ich in den letzten Tagen einige Eindrücke hier in Bayern sammeln konnte. Sie wissen, dass in der Migrationspolitikfrage Syriza eine ganz andere Meinung vertreten hat als die vorherigen griechischen Regierungen. Aber ich muss fairerweise anerkennen: Das Problem, mit dem wir uns jetzt als Europäer auseinandersetzen, ist viel größer, als es vor ein paar Monaten war. Es ist eine Herausforderung für jede griechische Regierung. Das heißt nicht, dass die Kausalität dazu führen kann, dass wir sagen würden, dass Syriza sozusagen die Leute nach Griechenland eingeladen hat, was mancherorts bei uns behauptet wurde. Das Hauptproblem mit der jetzigen griechischen Regierung ist: Sie rennt den Ereignissen hinterher und technisch ist sie der Herausforderung nicht gewachsen. Aber sie ist nicht nur selbst daran schuld, auch Europa trägt hier eine Verantwortung, weil zu wenig zu spät passiert.

Wenn es so weitergeht, sehe ich – das ist meine ganz persönliche Meinung –, dass die Bundesregierung irgendwann gegen Ende des Jahres gezwungen ist, die Grenze dichtzumachen. Was wird daraus folgen? – Es folgt ein Dominoeffekt. Die Österreicher machen auch ihre Grenze zu, Ungarn sowieso, Slowenien, Kroatien, Serbien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, und dann haben die Griechen Angst, dass sie als Letzte mit dem Schwarzen Peter da bleiben. Sie sind die Letzten, wir sind die Letzten.

Was wäre eine mögliche Lösung? – Wir haben praktisch zwei Lösungen. Ich war vor ein paar Tagen an der türkischen Küste, und ich konnte sehen, wie das Ganze erfolgt. Die eine Lösung ist, die Boote zurückzudrängen. Das haben wir manchmal gemacht, das ist illegal, und das kann man nur tun, wenn es wenige Boote sind. Man kann es nicht mit 120 Booten am Tag machen. Und wenn man die Boote *pusht*, wie das in der technischen Sprache der Küstenpolizei heißt, dann läuft man Gefahr, dass diese Boote kentern, und dann muss man die Leute retten. Diesen Weg haben wir nicht. Das wissen die Schlepper und das wissen wir auch.

Der andere Weg wäre sozusagen, die Leute ordentlich zu registrieren und dann zu verteilen. Aber da gibt es zwei Probleme: Die Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, sind nicht genug. Ein Beispiel nur: Auf Lesbos gibt es einen funktionierenden Hotspot, der kann 2000 Leute am Tag aufnehmen, heute sind 5500 in Lesbos angekommen. Was passiert mit dem Rest? – Die warten da und warten, bis sie registriert werden, aber inzwischen kommen noch mehr. Und am nächsten und übernächsten Tag noch mehr. Also, wir laufen hinterher, das ist das eine Problem.

Wir brauchen mehr Geld, mehr Personal und wir brauchen, das wäre mein Lösungsansatz, eine Europäisierung des Problems. Wir brauchen europäisches Personal, wir brauchen europäisches Personal an unserer Grenze, an unserer nördlichen Grenze. Wir brauchen Gelder, damit diese Leute im Winter nicht im Freien schlafen. Ich habe in Passau gesehen, wie die Leute auf dem Fußboden schlafen. Bei uns ist es noch warm, sie schlafen auf den Bänken oder auf den Straßen. Wenn wir das in den nächsten 40 Tagen nicht in Griff kriegen, dann ist es so, dass diese Verzettlung noch vertieft wird, und es ist ein Irrtum zu glauben, dass der Winter uns irgendwie zu Hilfe kommt und das Problem löst.

Diese Europäisierung, also die Vertiefung der Zusammenarbeit in allen Phasen des Problems in der Türkei, in Griechenland, auf der Balkanroute, bis hin zu der deutschen Grenze, die ordentliche Registrierung und die schnelle Verfügbarkeit der Gelder können die einzige Antwort auf das Problem sein. Schönen Dank.



## Auszüge aus der Diskussion

**Prof. Dr. Ursula Münch | Akademie für Politische Bildung, Tutzing:** Ja, Frau Präsidentin, ich kann verstehen, dass Sie seufzen. – Jetzt haben wir über Griechenland gesprochen. Wir haben viel über Innenpolitik, auch über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, über die Politik in Griechenland gehört, und wir sind wieder beim Thema Flüchtlinge gelandet – naheliegenderweise. Da ich jetzt aber nicht den ganzen Abend über die Flüchtlinge sprechen möchte, würde ich vorschlagen, wir greifen jetzt Ihren letzten Punkt auf, weil es einfach ein wichtiger Punkt ist, der nicht nur die Präsidentin umtreibt und die Abgeordneten, sondern uns alle, und wenden uns dann aber den anderen Themen zu. Meine Frage, Herr Telloglou und Herr Stylianidis, an Sie beide ist: Griechenland ist ja eigentlich immer schon viel früher und auch viel intensiver vom Zugang von Migration und von den Flüchtlingen betroffen gewesen. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Problem erst wesentlich später bekommen. Griechenland ist eigentlich Erstaufnahmeland in der EU und wäre ja eigentlich von vornherein laut Dublin III zuständig gewesen, konnte das aber von Anfang an relativ schwer bewältigen und konnte es dann natürlich während der Wirtschafts- und Finanzkrise noch weniger bewältigen – und jetzt haben sie zwei Krisen. Jetzt haben sie einerseits die Finanzkrise und sie haben die Flüchtlingskrise. Beide Krisen kommen zusammen, und gleichzeitig sind sie aber doch jetzt in einer etwas besseren Position, wenn ich das mit der Situation vor zwei, drei Jahren vergleiche. Da sind in Griechenland auf den Inseln auch schon viele Flüchtlinge angekommen, und vielleicht sind sie doch inzwischen in einer etwas besseren Position, denn jetzt wissen auch wir, wie es ist, wenn mehr Flüchtlinge kommen, als man eigentlich unterbringen kann. Das wussten wir vor zwei Jahren nur, wenn wir uns Lampedusa und Lesbos angeschaut haben, zumindest im Fernsehen. Ist es jetzt vielleicht möglich, dass Griechenland doch auch mehr Unterstützung bekommt? Ist es Ihres Erachtens realistisch, dass mehr Personal zur Verfügung gestellt wird, dass nicht nur Geld kommt? – Geld

ist wichtig, aber Geld allein wird nicht reichen. Ist es vielleicht doch eine Chance durch diese stärkere Betroffenheit, nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch der anderen europäischen Staaten, dass Griechenland das Problem jetzt besser lösen kann und dafür eben zum Beispiel auch diese europäische Unterstützung bekommt. – Herr Stylianidis.

**Dr. Evripidis Stylianidis | Ehemaliger griechischer Minister und Abgeord-**

**meter:** [Simultanübersetzung] Ich werde die Frage auf Griechisch beantworten, damit ich genau mit meinen Worten sein kann. Das Problem ist für uns nicht neu. Ich habe es gerade hier auf dem Wandteppich, also auf der rechten Seite bzw. auf Ihrer linken Seite, gesehen, wie die Griechen bei Salamis gegen die Perser gekämpft haben. Griechenland empfängt seit zehn Jahren illegale Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. In diesem Moment sind fast 15 Prozent der Bevölkerung mehr oder weniger illegale Flüchtlinge. Stellen Sie sich mal vor, Sie hätten in Deutschland heute zwölf Millionen Flüchtlinge – und dazu kommen die Folgen der wirtschaftlichen Krise, die wir zuvor geschildert haben. Ich habe die Europäische Union schon früher über diese Entwicklung benachrichtigt. Im Jahr 2005 hat die Regierung Karamanlis den europäischen Partnern schon einen Vorschlag gemacht, der nur teilweise umgesetzt worden ist. Wir haben schon die Hilfe von Frontex beantragt und teilweise hat es an den Grenzen zu der Türkei auch funktioniert. Das hat natürlich die ganze Bewegung auf den Inseln in der Ägäis gebracht. Und damals haben wir den Vorschlag unterbreitet, dass eine Gruppe gebildet wird, die für die Sicherheit der Grenzen Sorge zu tragen hat. Ich habe auch damals die Forderung gestellt – und das fordern wir immer noch –, dass das Zentrum, das operative Zentrum, von Polen auf Griechenland verlagert wird, weil Griechenland irgendwie das Tor zu Europa ist. Europa hat jetzt erst das Problem wahrgenommen, weil das Problem jetzt eben groß geworden ist. Jetzt, im letzten Moment, müssen wir auf europäischer Ebene gemeinsam agieren. Ich schlage drei Maßnahmen vor: Zuerst, also bei den Kriegsgebieten, wo der Krieg geführt wird, da müssen wir eine Lösung finden. Zweitens muss ein gewisser Druck auf die türkische Regierung ausgeübt werden, damit die türkische Regierung den Übergang der Flüchtlinge Richtung Europa nicht erleichtert und, natürlich, dass die türkische Regierung für diese Situation Verantwortung übernimmt. Und drittens: die Bildung einer Gruppe, die gut ausgebildet wird, damit dann in Griechenland und an den Grenzen das Problem gelöst werden kann. Und ein letzter Lösungsansatz: Seit zehn Jahren – das muss man sich vorstellen – bietet die griechische Bevölkerung, der griechische Staat den Einwanderern umsonst Zugang zur Gesundheit, zur Bildung und zur medizinischen Versorgung. Diese Ausgaben sind bei der Erstellung des Programms vom IWF nicht berücksichtigt worden.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Vielen Dank für die Benennung dieser Punkte, die sich sicher durchaus auch mit bundesdeutschen Positionen, gerade bezüglich der Kriegsursachen, decken, und Ihren Hinweis auch auf das, was Griechenland in der Hinsicht schon leistet. Ich würde, Herr Telloglou, gerne einen Punkt, den Sie angesprochen haben, mit einem anderen Punkt verbinden: Sie haben in Ihrem Hinweis auf mögliche Ansätze zur Lösung der Flüchtlingsproblematik etwas angesprochen, was Sie auch in einem anderen Zusammenhang angesprochen haben, nämlich Hilfe von außen zu holen, und zwar Hilfe von Europa zu holen. Das haben Sie in irgendeinem Beitrag auch mal auf die griechische Politik bezogen. Diese Überlegung, dass man unter Umständen – hatten Sie vorgeschlagen – europäische Beamte hereinnimmt – und jetzt beziehen Sie ja zum Beispiel Frontex mit ein, dass Sie sagen, da muss auch mehr europäisches Personal nach Griechenland kommen, zum Beispiel zum Grenzschutz –, ist das für ein Land, das eine reiche Erfahrung mit Fremdherrschaft hat, tatsächlich das richtige Konzept? Würde das in Griechenland überhaupt akzeptiert werden? Ich meine, bei der Grenzsicherung kann man sich das noch eher vorstellen, aber wenn man die Frage ausweitet, eben auch auf die Verwaltung, kann man sich das wirklich vorstellen, dass die Griechen das akzeptieren?

**Tasos Telloglou | Investigativer Journalist:** Diejenigen, die uns am stärksten gemahnt haben, als unsere Küstenwache in der Zeit vor dem Ausbruch der Krise manchmal dieses Push-back gemacht hat, waren die Beamten, die aus den baltischen Staaten kommen. Wissen Sie, wie viele Flüchtlinge die baltischen Staaten aufnehmen? – Zwischen 150 und 250.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Die haben zurzeit auch so viele andere Sorgen.

**Tasos Telloglou:** So eine scheinheilige Position kann jeder einnehmen. Ich will jetzt aber nicht in dieses Orchester des Anklagens des einen europäischen Staates gegen den anderen einstimmen. Das Problem ist nur: An der Grenze, auf Lesbos, sind bis zum 21. Oktober 478 000 Leute angekommen. – 478 000 Leute bis zum 21. Oktober. Das ist die offizielle Zahl der Vereinten Nationen. Das können wir mit unseren Ressourcen gar nicht lösen.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Aber da hilft auch kein sogenannter Hotspot.

**Tasos Telloglou:** Das ist richtig. Die Politiker denken, als wäre das eine nach Generalplan ablaufende Operation, aber die Schlepper denken nach Marktbedingungen. Herr Stylianidis hat die Landlösung auf Lesbos angesprochen. Die

Insel wurde gestürmt, als das Tor zugemacht worden ist. Das heißt, man kann in einer anderen Weise diesen Markt lenken: mit Gegenmaßnahmen, die die Ströme irgendwo anders kanalisieren. Und man muss klar trennen zwischen Syrien – die syrischen Flüchtlinge, wie Sie wissen, wie alle hier in Bayern wissen, die haben ein Interesse, sich auszuweisen. Sie wollen zeigen, dass sie Syrer sind. Aber bei den anderen ist es nicht so. Die anderen tragen meistens keine Dokumente bei sich. Hier haben wir eine Situation, wo wir einerseits Bürgerkriegsflüchtlinge haben und andererseits Verlierer der Globalisierung. Wir müssen zwischen Verlierern der Globalisierung und Bürgerkriegsflüchtlingen einen feinen Unterschied machen. Ich weiß nicht, ob das so leicht ist. Ich weiß nicht, ob man so kluge Beamte hat, die nach der Provinz in Afghanistan fragen können, aus welcher Provinz derjenige kommt, und die von seinem Akzent oder von seiner Sprache her erkennen können, ob er die Wahrheit erzählt.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Dazu braucht man zumindest viel Personal.

**Tasos Telloglou:** Ja, man braucht viel Personal. Wir haben aber keine Leute, die Urdu oder Paschtu sprechen in Griechenland.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Es gibt insgesamt zu wenige in Europa.

**Tasos Telloglou:** Ja, und es gibt noch einen weiteren Punkt, der für mich wichtig ist. Ich verstehe nicht, warum die bundesdeutsche Politik und auch die europäische Politik dieses Thema nicht auch zum Thema bei den Gesprächen zwischen den USA und Europa gemacht haben. Die Europäer waren nicht diejenigen, die zum Beispiel den Krieg im Irak angezettelt haben. Ja, und auch nicht Afghanistan. Das haben andere gemacht.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Jetzt schlagen wir aber schon sehr weite Bögen, Herr Telloglou.

**Tasos Telloglou:** Moment mal ...

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Ich möchte gerne wieder zu den Griechen kommen.

**Tasos Telloglou:** ... und Deutschland hat nicht, wenn ich mich richtig erinnere, an der Bombardierung von Libyen teilgenommen. Das waren zwei andere europäische Länder, die sich jetzt hinter dem Baum verstecken.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Aber ich glaube, unsere Gäste wären extrem betrübt

darüber – und zwar zu Recht –, wenn wir jetzt Griechenland außer Acht lassen, und deshalb möchte ich jetzt den großen Bogen wieder schließen und komme wieder zu Griechenland zurück. Bis jetzt habe ich das noch nicht so recht herausgehört: Vorhin haben wir festgestellt, dass die Griechen gewisse Besonderheiten, gewisse Eigenarten haben, von denen die meisten sehr charmant sind, aber manche auch Reformen in gewisser Weise im Weg stehen. Mich würde interessieren: Wo erkennen Sie, in welchen gesellschaftlichen Gruppen, Herr Stylianidis, und vor allem auch in welchen parteilichen Zusammenschlüssen, in welchen politischen Gruppen, aber auch bei der sogenannten Zivilgesellschaft – wo erkennen Sie die Gruppierungen, von denen man jetzt tatsächlich sagen kann, dass sie Reformwillen haben und bereit sind, vielleicht auch tatsächlich auf die eigenen Vorteile zugunsten des großen Ganzen zu verzichten? Wo erkennt man die in der griechischen Gesellschaft? Es muss sich ja offensichtlich auch nach Ihrer Einschätzung einiges ändern.

**Dr. Evripidis Stylianidis:** Das Problem in Griechenland hat zwei Seiten. Der eine Aspekt ist, wir haben es mit einer Regierung zu tun, die etwas anderes versprochen hat und am Ende das ganze Programm anders umgesetzt hat. Der andere Aspekt: Wir haben eine Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht, eine ökonomische Elite, die den Staat irgendwie ausgenutzt hat, damit sie stark werden kann, aber die Vorteile hat sie der realen Wirtschaft nicht zurückgegeben. Diese Schieflage hat Gruppen gebildet in der Gesellschaft, die nicht mehr so produktiv waren wie früher. Das produktive Modell des Landes ist in negativer Hinsicht beeinflusst worden. Und keiner wollte auf die Vorteile der Vergangenheit verzichten. Was wir jetzt tun müssen, ist, zuerst der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen. Die Parteien sollen vor jeder Parlamentswahl ein klares Programm haben und dieses Programm der Bevölkerung erklären, die negativen sowie die positiven Aspekte. Und da natürlich in dieser Phase die negativen Aspekte mehr sein werden, müssen wir meiner Meinung nach den Populismus bekämpfen, aber auch den Elitismus. Die großen Volksparteien, die Sozialdemokraten oder auch die Christdemokraten, können leider bis heute nicht verstehen, was der durchschnittliche, der normale Grieche erlebt hat. Und es wurde nicht so richtig verstanden, dass Reformen umgesetzt werden können mit dem Volk, aber nicht, wenn das Volk der Gegner ist. Das hat natürlich den Populisten auf der rechten und der linken Seite Raum gegeben. Dieses Problem kann nur bekämpft werden mit einer Großen Koalition, mit einer Regierung von allen Parteien mit klarem Programm und mit einem gewissen Zeitplan.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Jetzt sprechen Sie eine Möglichkeit der Allparteienregierung an, das hat Herr Teloglou auch schon angesprochen, gleichzeitig

sprechen Sie über Populisten, über Extremisten. Letzte Woche hat das ifo Institut eine Studie vorgelegt – nicht nur bezogen auf Griechenland, sondern insgesamt bezogen auf OECD-Staaten, und zwar in längeren Zeitabläufen –, dass tatsächlich nachweisbar ist, dass wirtschaftliche und Finanzkrisen die Wahrscheinlichkeit extremistischer Parteien erhöhen. Sie haben jetzt ohnehin schon einen relativ hohen Wahlerfolg, die „Goldene Morgenröte“ hat fast 7 Prozent gehabt, die Unabhängigen Griechen, die ja Koalitionspartei im Augenblick sind, knapp 4 Prozent, die Kommunisten über 5 Prozent. Ist da nicht die Gefahr, dass unter Umständen vielleicht sogar die Extremisten noch stärker werden im Falle einer Allparteienregierung ohne diese Extremisten, einer Großen Koalition in Kombination mit der Finanzkrise? Herr Telloğlu, besteht da nicht die Gefahr, dass unter Umständen dann das Gegenteil erreicht wird?

**Tasos Telloğlu:** Es gibt diese Gefahr. Aber man realisiert sowieso mit der Erfüllung dieses Memorandums eine Politik voller Risiken. Es ist keine einfache Politik. Es gibt anscheinend eine Große Koalition bei dem, was die Opposition zum Beispiel im Sommer gemacht hat. Die Opposition hat im Sommer das griechische Memorandum, das dritte griechische Memorandum, gestützt, und diese Parteien, die Sie genannt haben, zum Beispiel die „Goldene Morgenröte“ oder die Kommunistische Partei, haben gegen dieses Rahmenabkommen gestimmt. Wir hatten eine Art Große Koalition unter der Papadimos-Regierung. Wir hatten eine praktizierende Große Koalition im Fall des Bildungsgesetzes von 2012. Wir hatten solche Zeichen; es ist normal, dass die Parteien das versuchen. Was uns in Griechenland fehlt, ist mehr Konsens, nicht weniger Konsens. Und diese Gefahr, dass die Extremen gestärkt werden, würde natürlich keinen normal denkenden Politiker von dem Versuch abhalten, mehr Konsens zu erzeugen.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Welche Rolle spielen – und das frage ich jetzt bewusst nicht Herrn Telloğlu, zumindest nicht zuerst – denn die Medien in Griechenland bei der Herstellung von Konsens? Ich meine, Herr Telloğlu geht mit den Politikern ja relativ hart ins Gericht, aber zu Klientelismus gehört doch auch immer eine Medienstruktur, eine Medienlandschaft, die genau diesen Klientelismus schützt, Teil davon ist. Jetzt zunächst einmal die Frage: Tragen die Medien zu einem Konsens bei oder sind die Medien nicht auch Teil des Systems und haben auch die Probleme verursacht?

**Dr. Evripidis Stylianidis:** Bevor in Griechenland die Diskussion über die Korruption angefangen hat, hat die Diskussion über die Verflechtung von wirtschaftlichen Interessen angefangen. Wenn man in Griechenland einen Sender und eine Zeitung gekauft hatte, und noch eine Fußballmannschaft, konnte man sogar

einen Gesetzesentwurf sehr leicht umgehen beziehungsweise dessen Verabschiedung verhindern. Das war also – so können Sie das verstehen – ein Schlag direkt ins Herz der Demokratie. Ich darf als Beispiel die zwei Regierungen, an denen ich teilhatte, die Regierung Karamanlis und die Regierung Samaras-Venizelos, nennen. Als wir damals ohne Memorandum angefangen haben, in Griechenland die Privatisierungen anzustoßen, war unsere Initiative nicht besonders willkommen, weder bei den Medien noch bei den Gewerkschaften. Die haben uns damals angegriffen wegen der Privatisierung der griechischen Telekom, die übrigens von der deutschen Telekom übernommen worden ist, wegen der Privatisierung des zentralen Hafens Piräus, der von COSCO in China übernommen worden ist, wegen der Privatisierung der Fluggesellschaft Olympic Airlines, wegen der Privatisierung der Nationalbanken Griechenlands. Und wir haben das damals gemacht, ohne Memorandum und ohne die Hilfe der Presse. Die Medien haben sich damals, um ihren Einfluss zu wahren und um bei der Bevölkerung beliebt zu bleiben, mit den radikalen Linken identifiziert, mit den Sozialdemokraten, mit allen, die gegen die Privatisierungen waren. Jetzt gibt es einen neuen Versuch – diesmal habe ich das Gefühl, dass die Medien da mitmachen, genauso wie die Politiker. Wir können nur hoffen, dass die Rollen verschieden bleiben, geteilt bleiben, und dass die Kontrolle von den Medien unabhängig geübt werden kann.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Herr Telloglou, jetzt muss ich Sie natürlich schon auch fragen, wenn wir über Medien sprechen – da dürfen Sie auch was sagen und Ihre Position erklären. Teilen Sie diesen Optimismus, dass sich da etwas ändert?

**Tasos Telloglou:** Erst mal muss man sagen, dass die Medien sich in einer Umbruchsituation befinden. Das hat mit dem Strukturwandel hin zum Internet zu tun. Dieser Umbruch heißt nicht, dass wir das Ganze zum Besseren wenden. Es kann auch sein, dass es zum Schlechteren gewendet wird. Das ist das eine, und das Zweite ist: Medienunternehmen sind im Lande überschuldet. Sämtliche Medienunternehmen schulden den Banken über eine Milliarde Euro. Das heißt, es wird ein Prozess der Säuberung der Medienlandschaft stattfinden. Die Frage ist, unter welchen politischen Bedingungen, und ob es marktgerecht sein wird oder ob die jeweilige Regierung sich der Situation so bedienen wird, dass die kritischen Medien anders behandelt werden als die Medien, die nicht kritisch sind. Alles, was Herr Stylianidis gesagt hat, stimmt. Ich würde nur hinzufügen, damit wir ein bisschen die Relativität des Problems sehen: Wir hatten Medieninhaber, die zeitgleich auch Präsidenten von Fußballklubs waren – sie haben es allerdings nicht geschafft, Ministerpräsident des Landes zu werden.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Gut, dann haben wir auch das geklärt. – Jetzt meine letzte Frage für den heutigen Abend, und dann kommt auch endlich das Publikum ins Gespräch. Eine Frage habe ich noch, die bezieht sich aber eigentlich direkt auf unser Publikum, und zwar: Ich war etwas erstaunt. In Griechenland leben elf Millionen Griechen. Vier Millionen – es gibt sogar höhere Zahlen – leben im Ausland. Mindestens vier Millionen Auslands griechen – von denen sehr viele hier sitzen –, die bestens ausgebildet sind und wirtschaftlich erfolgreich sind. Es gibt einen Vorschlag von Jens Bastian, der auch mal im Rahmen der Troika in Griechenland war, man könnte die im Ausland lebenden Griechen – genau aufpassen jetzt! – zu Investitionen in Griechenland anhalten, nach dem Vorbild Israels. Israelische Staatsbürger, die im Ausland leben, haben nämlich anscheinend die Möglichkeit, zu günstigen Konditionen israelische Staatsanleihen zu erwerben und so in ihr Land zu investieren. Bastian schlug das für Griechenland vor. Mich würde interessieren: Ist das etwas, was in Griechenland diskutiert wird?

**Dr. Evripidis Stylianidis:** Ich schätze, dass die Griechen, die außerhalb Griechenlands leben, in zweifacher Hinsicht Griechen sind: geistig und psychisch. Ich bleibe beim geistig. Es gibt viele von uns, sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten, die unter Umständen in Griechenland investieren möchten. Die verlangen natürlich politische Stabilität, klare Regeln, ein stabiles steuerliches System mit der entsprechenden Motivation. Ich bin fest davon überzeugt, dass das auch von den Bürokraten der Troika verstanden werden sollte – ich meine den Teil mit den Steuern. In Bezug auf zwei andere Teile des letzten Memorandums gebe ich denen recht: Wir unterstützen die Reformen beim Staat und natürlich auch die Verringerung des staatlichen Apparats durch Privatisierungen. Aber damit die Griechen im Ausland sowie die ausländischen Investoren nach Griechenland kommen können, muss das steuerliche System vereinfacht werden und es muss für den jeweiligen Investor dann auch eine entsprechende Motivation geben, so wie zum Beispiel in Irland. Dann glaube ich, dass so ein Programm Erfolg haben könnte. Persönlich bin ich auch der Meinung, dass ein Sektor, der Griechenland unterstützen könnte, der Bildungssektor ist. Das könnte Griechenland wieder zu einem internationalen Zentrum machen. Und ich bin auch der festen Überzeugung, dass uns der Freistaat Bayern in dieser Hinsicht unterstützen könnte; das ist eine Beziehung, die sehr, sehr lange gehalten hat und auch Erfolg versprechend für der Zukunft ist.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Meine Damen und Herren, wenn Sie sich jetzt melden, werden wir das nicht als Anmeldung für die erste Investition in Griechenland werten – das machen Sie dann erst nachher mit Herrn Stylianidis und sonstigen

Verantwortlichen aus –, sondern wir werten das einfach als Wortmeldung. Sie sind so gut – wir machen das bitte wie immer: Erstens, sind Sie nicht böse, wenn Sie nicht drankommen, zweitens, seien Sie bitte kurz, und drittens, stellen Sie sich bitte vor. – Sie hatten sich zuerst gemeldet und dann sind Sie als Nächster dran.

**Fragesteller:** Die österreichische Außenministerin hat vor einem Jahr gesagt, wir haben gleich viel Einwohner wie Griechenland. Aber Österreich verwaltet sich mit 200 000 Beamten und Griechenland mit einer Million Beamten. Das zu den Innenansichten. Stimmt das immer noch oder gibt es inzwischen Fortschritte? – Die zweite Frage, da schließe ich mich Professor Gerald Mann an, in Bezug auf Investitionsmöglichkeiten in Griechenland. Herr Professor Mann sagte vor einigen Wochen, er kennt einen Windkraftanlageninvestor und in Griechenland gibt es Wind – im Übrigen habe ich selbst sehr viel damit zu tun mit Wind und regenerativen Energien –, Professor Mann sagte, dieser Investor gab nach einigen Wochen auf wegen unüberwindlicher Bürokratie. Stimmt das? Ist das so in Griechenland? Ihre Einschätzung, bitte.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Gut. Also, die eine Frage bezog sich auf die übermäßige Größe der Verwaltung und gleichzeitig aber dann doch wieder auf deren Ineffizienz, wobei vielleicht das eine das andere beantwortet. – Herr Stylianidis, und ganz kurz Herr Telloglou.

**Dr. Evripidis Stylianidis:** Was die Frage der Anzahl der Beamten beim griechischen Staatsapparat angeht: Die Anzahl der Beamten ist nach den letzten Reformen erheblich eingeschränkt worden. Einer der Gründe ist – ich muss zugeben, das ist natürlich keine klare Position –, dass man natürlich auch die Tatsache berücksichtigen muss, dass wir in Griechenland circa 4 000 Inseln haben und da brauchen wir natürlich mehr Beamte, damit wir die Verwaltung ordnungsgemäß führen können.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Also deutlich mehr Inseln als Österreich.

**Dr. Evripidis Stylianidis:** Auf jeden Fall. – Dass die Anzahl der Beamten verringert werden soll, ist relativ klar, und damit haben wir auch angefangen und natürlich müssen viele Teile der Verwaltung outgesourct werden. Was das Problem der Investitionen in Griechenland angeht, haben wir gesagt, wir müssen irgendwie ein System finden, damit Projekte nach konkreten Maßstäben beurteilt werden könnten, dass der Investor nicht direkt mit der Bürokratie zu tun hat und dass er dann die ganze Sache relativ schnell vorantreiben kann. Was die privaten Investitionen angeht: Wir haben momentan viele Unternehmen, die aufgrund der

mangelnden Liquidität nicht tätig werden können. Die Modelle der Investitionen sind natürlich diejenigen Modelle, die hohe Produktivität versprechen.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Danke schön. Herr Telloğlu, Sie wollten noch was ergänzen.

**Tasos Telloğlu:** Drei Stichwörter: Von den 600 000 Beamten des Zentralstaates sind 300 000 bei der Armee, der Polizei und Lehrer, also die Hälfte sind Armee, Polizei und Lehrer. Der Troika wurde das ganz spät bewusst. Man muss sozusagen nicht einen aufgeblähten Staat umstrukturieren, man muss gewisse Bereiche dieses aufgeblähten Staates umstrukturieren. Es macht keinen Sinn, wenn man sagt, der Staat sei aufgebläht – zum Beispiel fehlen Leute in den Krankenhäusern. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt: Das Wichtigste für einen Investor wäre die Kodifizierung der Gesetzgebung. Das heißt: Wenn man überall zwei, drei Gesetze hat, die widersprüchlich sind, dann ist schon der Trend vorgegeben, damit andere Dinge passieren, inklusive Verzögerung. Und ein dritter Punkt, was die Nichteffektivität des Beamtentums betrifft: Ein Teil des Problems hat sich auf die Städte und Gemeinden verlagert. Das heißt: Der Zentralstaat ist viel besser geworden, als er einmal war. Aber was macht man mit dem Bürgermeister, der verlangt: Ja, ich höre diesen Vorschlag sehr gerne, aber man soll 60 meiner Wähler einstellen, sonst kommt diese Genehmigung ein bisschen zu spät. Und das ist kein einfaches Problem, auch in anderen Ländern nicht.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Danke schön. – Jetzt hatten Sie sich gemeldet.

**Fragesteller:** Ich bin von den Jungen Europäischen Föderalisten Bayern. Wir haben eine enge Partnerschaft zu unserer griechischen Sektion und die griechische Sektion hat uns vor zwei Wochen auch besucht. In Gesprächen und Diskussionsrunden kam oft zur Sprache, dass die Jugend – das waren alles gut ausgebildete junge Menschen, die alle Masterabschluss hatten – alle keine gut bezahlten Jobs hatten. Ihnen fehlt die Perspektive in Griechenland. Was können Sie anbieten, diese jungen Menschen zu halten, dass sie nicht nach Deutschland auswandern, nicht nach Brüssel auswandern, nicht nach London auswandern, sondern dass sie sich in Griechenland engagieren? Welche Perspektiven muss man den jungen Menschen bieten, die ja auch in griechischen Universitäten gut ausgebildet worden sind, damit sie sich im Land engagieren und das Land weiter nach vorne bringen?

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Das ist eine große Frage, eine schwierige Frage. Ich bitte um kurze Antwort, auch wenn es schwierig ist.

**Dr. Evripidis Stylianidis:** 50 Prozent der jungen Leute in Griechenland sind momentan arbeitslos. Wir haben auch eine sehr hohe Quote von jungen Leuten, die beschäftigt sind, aber nicht in einem Bereich, auf den sie spezialisiert sind. Es gibt aber auch einen großen Teil von jungen Leuten, die die erforderliche Qualifikation haben, aber keine geeignete Stelle finden. Deutschland zum Beispiel ist eines der Länder, das 20 000 Ärzte hierher eingeladen hat, die hier ihre Ausbildung abschließen können. Ich glaube fest daran, und ich hoffe, dass diese Leute, nachdem sie mit ihrer Ausbildung fertig sind, dass sie dann wieder nach Griechenland kommen. Das Geheimnis ist einfach, wir müssen investieren, in jeder Hinsicht.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Ich weiß nicht, ob Sie das Raunen im Publikum bemerkt haben, als Sie gesagt haben, dass Sie hoffen, dass die Menschen, die gut ausgebildeten Mediziner, wieder zurückkommen nach Griechenland. Anscheinend wird das durchaus in Zweifel gezogen, wenn ich dieses Raunen richtig deute. Herr Telloglou?

**Tasos Telloglou:** Ich habe eine Tochter, die in Düsseldorf Medizin studiert, im achten Semester. Sie wird sicherlich nicht zurückkehren – vorerst. Und ich muss noch was sagen: Ich glaube, dass zu wenige junge Leute das Land verlassen haben. 230 000 sind zu wenig – für das, was im Land passiert ist. Das zeugt meiner Meinung nach von fehlender Mobilität. Ich glaube, dass mehr Leute das Land verlassen müssen – vorerst. Und: Die Leute, die das Land verlassen, sind nicht alle arbeitslos. Das sind Leute, wie auf dem Westbalkan, die einen Job haben, einen sehr gut bezahlten Job, verglichen mit den anderen, aber einen sehr schlecht bezahlten Job – verglichen mit dem Durchschnitt Europas. Warum denn nicht das Land verlassen? Sehen Sie einen Grund? Ich sehe keinen Grund. Es gibt nur das, was Herr Stylianidis vorher gesagt hat: direkte ausländische Investitionen. Wir brauchen viele gute ausländische Arbeitgeber im Land oder Investoren, die bei Joint Ventures arbeiten, und nur das kann die Löhne und die Vergütung derjenigen, die arbeiten, verbessern.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Sie haben schon wieder weitere Investitionsmöglichkeiten vernommen und Sie haben einen ganz wichtigen Punkt angesprochen, dass Migration ja von uns häufig wahrgenommen wird als etwas Permanentes, dass es aber natürlich auch eine sogenannte zirkuläre oder temporäre Migration gibt, von der dann das Land, das Entsendeland, das Herkunftsland, unter Umständen ja auch profitieren kann. Jetzt haben wir eine Wortmeldung, hier in der zweiten Reihe.

**Fragesteller:** Ja, zunächst einmal ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin von der LMU und aus dem Fach Europäische Ethnologie, und da betrifft uns Griechenland ganz besonders. Wir hatten vor zwei Wochen eine wunderbare Hochschulwoche, in der es unter anderem um Klientelismus ging, und da sind einige Fragen entstanden. Ich würde ganz gerne an Sie als kompetente Antworter diese Fragen weitergeben – Warum ist das so: Sie haben vorhin das Verhalten der Eliten in Griechenland beklagt, der ökonomischen Eliten, dass sie nichts tun für ihr Land, alles ausrauben, in die Schweiz bringen, trotz der verschiedenen Regierungen in Griechenland seit dem Beginn der Krise 2009/10. Warum sind diese Eliten scheinbar unantastbar? Warum tut kein Politiker etwas? Warum ist die Lagarde-Liste nicht abgearbeitet worden, die ja mehrere Hundert Namen umfasst. Das wäre die Frage Nummer eins: die Lagarde-Liste und sozusagen, die Versenkung, die tiefe, tiefe Versenkung, in der diese Liste verschwunden ist. Jetzt fängt man an, ganz schüchtern ein paar Namen rauszuholen. Die Frage Nummer zwei: Gibt es in Griechenland irgendwelche Tendenzen, dass man das Beamtentum an Ministerien, beim Premierminister und Präsidenten und so weiter, sozusagen verstaatlicht, dass nicht mit jedem Wechsel des Ministers die gesamte Mannschaft ausgewechselt wird, dass nicht völlige Neulinge, die keine Ahnung haben, in Entscheidungspositionen kommen? Gibt es die Tendenz, ein permanentes Beamtentum zu installieren? Eine Anmerkung vielleicht, die auf der Hochschulwoche sehr wichtig war: die Investitionen. Eben wurden von einem Sprecher die unglaublichen Probleme der Firmen beklagt, dass sie mit der Bürokratie nicht zurechtkommen. Eine Frage, die wir auf der Hochschulwoche hatten, war die: Warum ist es so, dass das Beamtentum oder die Verwaltungsbeamten in Griechenland gegenüber der Wirtschaft eine offen feindliche Haltung haben und die meisten Investitionen daran scheitern, so wie es im Beispiel vorhin gesagt wurde, dass der Beamtenapparat sich gegenüber Investitionen und Wirtschaftsleuten ausgesprochen feindlich verhält?

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Vielen Dank. Herr Telloglou, wollen Sie vielleicht anfangen.

**Tasos Telloglou:** Ich versuche nichts zu vergessen und auf die Stichworte zu antworten. Ich bin nicht der Meinung, dass für die Lagarde-Liste nichts gemacht wurde. Wenn Sie Wuppertal anschauen, wo das Finanzamt neun solcher Listen bekommen hat – da haben die nur 20 Prozent der Leute, die auf der Liste waren, kontrolliert. Der Rest hat sich selbst angezeigt. Ja, das ist sehr zeitaufwendig. Es ist sehr zeitaufwendig, jeden Einzelnen auf dieser Liste zu kontrollieren, es sei denn, man macht nichts anderes. Die Frage, dass die Liste bis vor zwei Jahren in einer

Schublade war, ist eine andere Frage. Aber als sie dann aus der Schublade geholt worden ist, wurde wirklich an dieser Liste gearbeitet. Apropos: Die Steuern, die wir aus dieser Liste, die der griechische Staat aus dieser Liste bekommen kann, beziffern Spezialisten auf zwischen 200 und 300 Millionen Euro. Die verlorene, hinterzogene Mehrwertsteuer in einer Tourismus-Saison sind 10 Milliarden. 10 Milliarden gegenüber 300 Millionen – das ist die Lagarde-Liste. Zum Beamtentum: Ich habe nur über den Apparat des Ministerpräsidenten gesprochen. Aber das gilt auch für die Minister. Da ist ein Minister, sage ich mal jetzt, im Justizministerium, hat eine Gruppe, und bei der nächsten Regierungsumbildung zieht der zum Außenministerium, dann nimmt er diese Gruppe zum Außenministerium mit. Das Problem ist, dass diese Gruppe die einzige ist, die die Strategie dieses Ministeriums entwirft und ausführt. Das Beamtentum wird sozusagen zu Vollstreckungshelfen degradiert. Was jetzt die Feindseligkeit gegenüber Investitionen betrifft, das hat eine lange Geschichte, aber man muss den Boden trocknen – Boden trocknen heißt: die Gesetze vereinheitlichen und alles auf eine oder zwei Unterschriften minimieren, denn wenn zum Beispiel Beamte in fünf Ministerien einen Investitionsentwurf unterschreiben müssen, dann wird die Sache kompliziert.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Herr Stylianidis, Sie haben ja vorher die guten bayrisch-griechischen Beziehungen, historisch gewachsen, angesprochen. Jetzt wäre ja der Punkt, der angesprochen wurde mit dem Beamtentum, dass es immer noch ausgewechselt wird, das politische Personal. Da könnte sich doch Griechenland ein Beispiel an Bayern nehmen. Einer der Gründe für die bayerische Erfolgsgeschichte ist auch die Tatsache, dass man Beamte nicht ständig auswechselt, sondern dass man sagt, man wählt die Leute nach Noten aus, nach Können, und dann stellen die aber auch eine Kontinuität her. Ist das denkbar oder glauben Sie, dass das im Grunde überhaupt nicht durchsetzbar ist.

**Dr. Evripidis Stylianidis:** Der Schaden ist in Griechenland in den 1980er-Jahren entstanden. Die Verwaltungshierarchie ist zu einer Parteienhierarchie geworden. Jede Partei hat ihre eigenen Leute unterstützt mit dem Ergebnis, dass das institutionelle „Gedächtnis“ langsam beeinträchtigt worden ist. Das hat leider das politische Personal gezwungen und zwingt es immer noch, eigene Berater einzustellen, um die institutionelle Lücke zu füllen, damit die Politiker ihre Arbeit machen können. Deswegen brauchen wir von null an, von Anfang an ein neues organisatorisches Modell der öffentlichen Verwaltung. Ich will aber auch eine Bemerkung des Fragestellers kommentieren: Um die ökonomischen Eliten zu beschränken, die die Regeln nicht einhalten, reichen weder Politiker noch eine Partei aus. Wir

brauchen den gemeinsamen Schulterschluss von Politikern und Parteien, um einheitliche Regeln für alle zu schaffen. Wenn wir das im Jahr 2010 gewagt hätten, wären wir heute ein Vorbild, was die Reformen in Europa angeht. Das habe ich auch öffentlich vertreten und in dieser Hinsicht bin ich in Streit geraten mit der eigenen Partei und ich habe sogar auf meine Stelle als Minister verzichtet.

**Prof. Dr. Ursula Münch:** Es gibt sie noch, die aufrechten Griechen. – Jetzt habe ich die Wahl zwischen zwei Übeln: Das eine Übel ist, ich verderbe es mir mit ein paar von Ihnen, die sich gemeldet haben. Das andere Übel wäre: Ich verderbe es mir mit dem Rest, die sagen: Jetzt reicht's. Ich entscheide mich für die Mehrheit. Wir sind in dieser Hinsicht eine demokratische Gesellschaft. Ich entschuldige mich bei denjenigen, die nicht mehr drankommen. Ich bedanke mich bei den aufrechten Griechen im Saal und den Griechinnen, vor allem aber bei meinen Referenten. Ganz herzlichen Dank, Herr Stylianidis, Herr Telloglou und auch an Sie, Herr Perperidis – ganz herzlichen Dank. Ihnen danke ich für Geduld, fürs Mitmachen, fürs Wohlwollen und dafür, dass Sie jetzt noch draußen vielleicht die eine oder andere Frage über Griechenland diskutieren. Am meisten bedanke ich mich bei der Präsidentin und dem Bayerischen Landtag. – Ganz herzlichen Dank.



**Tasos Telloğlu | Investigativer Journalist; Barbara Stamm | Präsidentin des Bayerischen Landtags; Prof. Dr. Ursula Münch | Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing; Dr. Eviplidis Stylianidis | Ehemaliger griechischer Minister und Abgeordneter**



**Herausgeber**

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1

82327 Tutzing

[www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

Bayerischer Landtag

Maximilianeum

Max-Planck-Straße 1

81675 München

[www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de)